

PARLAMENARISCHE INITIATIVE von Marcel Burlet (SP, Regensdorf), André Bürgi (SP, Bülach) und Monika Spring (SP, Zürich)

betreffend Einreichen einer Standesinitiative für die Finanzierung des gesamten Strassenwesens mittels „Road Pricing“

Der Kanton Zürich reicht bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative ein, mit der eine Änderung von Bundesverfassung und Gesetzgebung verlangt wird, welche es Bund, Kantonen und Gemeinden ermöglicht, Bau und Unterhalt ihres gesamten Strassenwesens mittels „Road Pricing“ zu finanzieren.

Marcel Burlet
André Bürgi
Monika Spring

318/2004

Begründung:

Die Finanzierung des Strassenwesens im Kanton und in den Gemeinden steckt in der Krise. Sowohl der Neubau wie auch der betriebliche und bauliche Unterhalt können kaum mehr sach- und stufengerecht finanziert werden:

- Die Gemeinden müssen hierzu Steuergelder aufbringen, was ihre Steuerfüsse in die Höhe treibt. Die Finanzierung mittels Steuergeldern ist sachlich falsch und gegenüber der nicht motorisierten Bevölkerung ungerecht. Zudem ist sie rechtsungleich gegenüber Bund und Kanton, welche eine teilweise verursachergerechte Finanzierung kennen.
- Der Kanton sieht sich vor einem knapp alimentierten und bald wieder schwindenden Strassenfonds; die dringendsten Vorhaben müssen deshalb mehr und mehr hinausgeschoben werden. Die Öffnung des Strassenfonds mit allgemeinen Staatsmitteln würde den Steuerfuss nach oben drücken und dem Verursacherprinzip widersprechen.

Strassen sind ein Produkt wie jedes andere, das den Regeln von Angebot und Nachfrage unterliegt. Dieser „Strassenmarkt“ kann mit einer geschickten Regulierung so gesteuert werden, dass der Verkehr verflüssigt und die Finanzierung gesichert wird. Im Güterverkehr ist mit der LSVa ein Pilotprojekt mit Lenkungswirkung auf das Verkehrsaufkommen erfolgreich eingeführt.

Das Abgabensystem „Road Pricing“ hat sich anderenorts als effiziente Lösung von Verkehrsproblemen erwiesen.

„Road Pricing“ hat zudem den exklusiven Vorteil, bei flächendeckender Anwendung die feinste Regulierung zu ermöglichen, damit Fahrten von Anwohnern bevorzugt, von Gewerbetreibenden verbilligt oder von Menschen mit Behinderung von Abgaben befreit werden können.